Bebauungsplan

Nr. II / V2

Epiphanienweg

"westlich der Vilsendorfer Straße, beidseits der Wege Epiphanienweg, Am Knostsiek und Bardenhorst"

Jöllenbeck- OT Vilsendorf

Satzung

Text

Rechtsgrundlagen der Planung

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08.12.1986 (BGBI. I S. 2253), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.11.1994 (BGBI. I S. 3486).

Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBI. I S. 132), geändert durch Gesetz vom 22.04.1993 (BGBI. I S. 466, 479).

<u>Bundesnaturschutzgesetz</u> (<u>BNatSchG</u>) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12.03.1987, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 06.08.1993 (BGBL I S. 1458).

Maßnahmengesetz zum Baugesetzbuch (BauGB-MaßnahmenG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28.04.1993 (BGBl. I S. 622).

Landesbauordnung (BauO NW): § 81 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 26.06.1984 (GV.NW. 1984 S. 419, berichtigt S. 532), in der Fassung des Vierten Änderungsgesetzes vom 24.11.1992 (GV.NW. 1992 S. 467 ff.).

Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV.NW. S. 666).

Anmerkung:

Soweit bei den Festsetzungen von Baugebieten keine anderen Bestimmungen gemäß § 1 (4) - (10) BauNVO getroffen sind, werden die §§ 2 - 14 BauNVO Bestandteil des Bebauungsplanes.

Zuwiderhandlungen gegen die gemäß § 81 BauO NW in den Bebauungsplan aufgenommenen Festsetzungen (örtliche Bauvorschriften) sind Ordnungswidngkeiten im Sinne des § 79 (1) Ziffer 14 BauO NW und können gemäß § 79 (3) BauO NW als solche geahndet werden.

	Textliche Festsetzungen, Zeichenerklärungen, Hinweise
0	Abgrenzungen
	 0.1 Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes gemäß § 9 (7) BauGB 0.2 Abgrenzung unterschiedlicher Festsetzungen zwischen oder innerhalb von Bau- oder sonstigen Gebieten gemäß §§ 1 (4) und 16 (5) BauNVO - soweit sich diese nicht durch andere Zeichen, Raster und dergleichen ergibt.
1	Art der baulichen Nutzung gemäß § 9 (1) 1 BauGB
[:-:]	1.1 <u>Reine Wohngebiete</u> gemäß § 3 BauNVO
WR	Es gilt § 3 (1 - 4) BauNVO
WR ₁	Alle Ausnahmen gemäß § 3 (3) BauNVO sind nach § 1(6) Nr. 1 BauNVO ausgeschlossen
[F - ' ' ' ' ' ' ' ' ' ' ' ' ' ' ' ' ' '	1.2 Allgemeine Wohngebiete gemäß § 4 BauNVO
WA	Alle Ausnahmen gem. § 4 (3) BauNVO sind nach § 1 (6) Nr. 1 BauNVO ausgeschlossen.
WA ₁	Im Erdgeschoß und 1. Obergeschoß sind nach § 1 (7) Nr. 1 BauNVO ausschließlich Gemeinbedarfsnutzungen mit der Zweckbestimmung Kindenagesstätte zulässig. Alle Ausnahmen gemäß § 4 (3) BauNVO sind nach § 1 (6) Nr. 1 BauNVO ausgeschlossen.
WA ₂	Nutzungen gemäß § 4 (2) Nr. 2 und 3 BauNVO sind nach § 1 (5) nur ausnahmsweise zulässig. Alle Ausnahmen gemäß § 4 (3) Nr. 2 bis 5 sind nach § 1 (6) Nr. 1 BauNVO ausgeschlossen.

Flachdach (Oberkante der Af Schnittpunkt der Außenwandfl Antagen mit geneigtem Dach Im Zusammenhang mit der fe	gemäß § 9 (1) 1 BauGB
gemäß §§ 16 und 19 BauNVO Grundflächenzahl z. B. 0,4 2.2 Geschoßflächenzahl GFZ gemäß §§ 16, 17 und 20 Bauh Geschoßflächenzahl z.B. 0,8 2.3 Zahl der Vollgeschosse (Z) im gemäß §§ 16 und 20 (1) Bauh Zahl der Vollgeschosse als Hö Zahl der Vollgeschosse zwinge 2.4 Höhe baulicher Anlagen gemäß §§ 16 und 18 BauNVO Für die Festsetzung der nachfolgenden unteren und ob Schnittpunkt der talseltigen A Gelandeoberfläche Oberer Abschluß der Außenwandfl Anlagen mit geneigtem Dach Im Zusammenhang mit der fei der zulässigen Dachform gelte	geniab 9 5 (1) 1 Baudp
gemäß §§ 16 und 19 BauNVO Grundflächenzahl z. B. 0,4 2.2 Geschoßflächenzahl GFZ gemäß §§ 16, 17 und 20 Bauh Geschoßflächenzahl z.B. 0,8 2.3 Zahl der Vollgeschosse (Z) im gemäß §§ 16 und 20 (1) Bauh Zahl der Vollgeschosse als Hö Zahl der Vollgeschosse zwinge 2.4 Höhe baulicher Anlagen gemäß §§ 16 und 18 BauNVO Für die Festsetzung der nachfolgenden unteren und ob - Schnittpunkt der talseitigen A Geländeoberfläche - Oberer Abschluß der Außenwandfl Anlagen mit geneigtem Dach Im Zusammenhang mit der fei der zulässigen Dachform gelte	
2.2 Geschoßflächenzahl GFZ gemäß §§ 16, 17 und 20 Bauh Geschoßflächenzahl z.B. 0,8 2.3 Zahl der Vollgeschosse (Z) im gemäß §§ 16 und 20 (1) Bauh Zahl der Vollgeschosse als Hö Zahl der Vollgeschosse zwinge 2.4 Höhe baulicher Anlagen gemäß §§ 18 und 18 BauhVC Für die Festsetzung der nachfolgenden unteren und ob Schnittpunkt der talseitigen A Geländeoberfläche - Oberer Abschluß der Außenwandfl Anlagen mit geneigtem Dach Im Zusammenhang mit der fei der zulässigen Dachform gelte	
Geschoßflächenzahl z.B. 0,8 2.3 Zahl der Vollgeschosse (Z) im gemäß §§ 16 und 20 (1) Bauk Zahl der Vollgeschosse als Hö Zahl der Vollgeschosse zwinge Zahl der Vollgeschosse zwinge Zahl der Vollgeschosse zwinge 2.4 Höhe baulicher Anlagen gemäß §§ 16 und 18 BauNVC Für die Festsetzung der nachfolgenden unteren und ob Schnittpunkt der talseitigen A Gelandeoberfläche Oberer Abschluß der Außenwandflantagen mit geneigtem Dach Im Zusammenhang mit der fei der zulässigen Dachform gelte	,
2.3 Zahl der Vollgeschosse (Z) im gemäß §§ 16 und 20 (1) Bauk Zahl der Vollgeschosse als Hö Zahl der Vollgeschosse zwinge 2.4 Höhe baulicher Anlagen gemäß §§ 18 und 18 BauNVC Für die Festsetzung der nachfolgenden unteren und ob - Schnittpunkt der talseitigen A Gelandeoberfläche - Oberer Abschluß der Außenwandflantagen mit geneigtem Dach Im Zusammenhang mit der fei der zulässigen Dachform gelte	IVO
gemäß §§ 16 und 20 (1) Bauh Zahl der Vollgeschosse als Hö Zahl der Vollgeschosse zwinge 2.4 Höhe baulicher Anlagen gemäß §§ 16 und 18 BauNVC Für die Festsetzung der nachfolgenden unteren und ob Schnittpunkt der talseltigen A Geländeoberfläche Oberer Abschluß der Außenwandfl Anlagen mit geneigtem Dach Im Zusammenhang mit der fei der zulässigen Dachform gelte	•
Zahl der Vollgeschosse zwingen 2.4 Höhe baulicher Anlagen gemäß §§ 16 und 18 BauNVO Für die Festsetzung der nachfolgenden unteren und ob - Schnittpunkt der talseitigen A Geländeoberfläche - Oberer Abschluß der Außenwandfl Anlagen mit geneigtem Dach Im Zusammenhang mit der fei der zulässigen Dachform gelte	
2.4 Höhe baulicher Anlagen gemäß §§ 16 und 18 BauNVC Für die Festsetzung der nachfolgenden unteren und ob - Schnittpunkt der talseitigen A Geländeoberfläche - Oberer Abschluß der Außen Flachdach (Oberkante der At Schnittpunkt der Außenwandfl Anlagen mit geneigtem Dach Im Zusammenhang mit der fei der zulässigen Dachform gelte	chstgrenze
gemäß §§ 18 und 18 BauNVC Für die Festsetzung der nachfolgenden unteren und ob - Schnittpunkt der talseltigen A Geländeoberfläche - Oberer Abschluß der Außenvanden (Oberkante der Al Schnittpunkt der Außenwandfl Anlagen mit geneigtem Dach Im Zusammenhang mit der fei der zulässigen Dachform gelte	end .
nachfolgenden unteren und ob - Schnittpunkt der talseltigen A Gelandeoberfläche - Oberer Abschluß der Außen- Flachdach (Oberkante der Al Schnittpunkt der Außenwandfl Antagen mit geneigtem Dach Im Zusammenhang mit der fei der zulässigen Dachform gelte	
Gelandeoberfläche - Oberer Abschluß der Außender Flachdach (Oberkante der Außenwandflantagen mit geneigtem Dach und Zusammenhang mit der feider zulässigen Dachform gelte	
Flachdach (Oberkante der Al Schnittpunkt der Außenwandfl Anlagen mit geneigtem Dach Im Zusammenhang mit der fe der zulässigen Dachform gelte	ußenwand mit der natürlichen
Anlagen mit geneigtem Dach Im Zusammenhang mit der fe der zulässigen Dachform gelte	vandfläche bei baulichen Anlagen mit tika, des Gesimses o. ä.)
der zulässigen Dachform gelte	äche mit der Firstlinie bei baulichen
	stgesetzten Zahl der Vollgeschossse und en folgende maximal zulässigen Höhen
Zahl der max Hauptg Vollgeschosse (HGH) bei ba mit Flachdag	ul. Anlagen (FH) bei baul. Anlagen
f 5,00 n	
- NI	10,50 m 12,00 m
)	ግ <i>ያ</i> (ነነነ ምጣ

3	Bauweise; überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen, Stellung baulicher Anlagen
	gemäß § 9 (1) 2 BauGB
	3.1 <u>Bauweise</u> gemäß § 22 BauNVO
0	Offene Bauweise
E	Offene Bauweise, nur £inzelhäuser zulässig
g	Geschlossene Bauweise
	Hinweis; Festsetzungen zur Gebäudelänge siehe Ziffer 15.2.1
	3.2 <u>Überbaubare Grundstücksflächen</u> gemäß § 23 BauNVO
	Baulinie .
	Baugrenze
	3.3 Stellung der baulichen Anlagen gemäß § 9 (1) 2 BauGB
	Gebäudelängsachse, gleichzeitig Hauptfirstrichtung für Gebäude, mit geneigtem Dach
	- parallel bzw. senkrecht zu den Baugrenzen
4	Flächen für erforderliche Nebenanlagen sowie Flächen für Gemeinschaftsanlagen
	gemäß § 9 (1) 4 und 22 BauGB
	Stellplätze und Garagen gemäß §§ 12 und 21 a BauNVO
	Nach § 12 (6) BauNVO sind in den allgemeinen Wohngebieten Stellplätze und Garagen gemäß § 12 (3) Nr. 1 BauNVO nur für den durch die zugelassene Nutzung verursachten Bedarf zulässig, soweit landesrechtliche Vorschriften nicht entgegenstehen.
	Umgrenzung von Flächen für erforderliche Nebenanlagen sowie Gemeinschaftsanlagen gemäß §§ 12 und 21 a BauNVO
	Zweckbestimmung:
St	Stellplätze
GSt	Gemeinschaftsstellplätze .

	Stellplätze und Gemeinschaftsstellplätze sind nur innerhalb der dafür ausgewiesenen Flächen zulässig.
	Garagen sind innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.
5	Flächen für den Gemeinbedarf gemäß § 9 (1) 5 BauGB
	Flächen für den Gemeinbedarf
<u> </u>	Zweckbestimmung:
	Schule
	Kirchen und kirchlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen
6	Höchstzulässige Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden aus besonderen städtebaulichen Gründen gemäß § 9 (1) 6 BauGB
2 WE	Zahl der Wohnungen pro Gebäude als Höchstgrenze
7	Verkehrsflächen gemäß § 9 (1) 11 BauGB
	7.1 Straßenbegrenzungslinie
	Hinweis:
	Die Straßenbegrenzungslinie gilt auch gegenüber Verkehrsflächen mit besonderer Zweckbestimmung.
	7.2 <u>Verkehrsflächen mit allgemeiner Zweckbestimmung</u> <u>- öffentlich -</u>
	7.3 <u>Verkehrsflächen mit besonderer Zweckbestimmung</u> <u>- öffentlich -</u>
	Zweckbestimmung:
BW	Für Anlieger befahrbarer Wohnweg
	Empfehlung Diese Verkehrsflächen sind in der Materialwahl deutlich von den angrenzenden öffentlichen Verkehrsflächen mit allgemeiner Zweckbestimmung abzuheben.
F+R	Fuß- und Radweg

	·
P	Parkplatz
~~~	Bereich ohne Ein- und Ausfahrt
8	Flächen für die Versorgung; Führung von Versorgungs- anlagen und -leitungen; mit Geh-, Fahr- und Leitungs- rechten zu belastende Flächen
	gemäß § 9 (1) 12, 13 und 21 BauGB
	8.1 <u>Versorgungsflächen</u> gemäß § 9 (1) 12 BauGB
	Zweckbestimmung:
	Elektrizität, Trafostation
	Gas
Ŏ	Fernwärme im Kellergeschoss
	8.2 Führung von Ver- und Entsorgungsleitungen gemäß § 9 (1) 13 BauGB
	<u>Hinweise:</u>
→ MK	vorhandener Mischwasserkanal
-c <u>MK</u> →	geplanter Mischwasserkanal
>>	geplante Druckrohrleitung DN 60
SK	vorhandener Schmutzwasserkanal
-∞- <u>SK</u> →	geplanter Schmutzwasserkanal
→ RK	vorhandener Regenwasserkanal
- <u></u> RK →	geplanter Regenwasserkanal
	vorhandene Erdgashochdruckleitung DN 250 St
<b>→ →</b> -	entfallende Erdgashochdruckleitung DN 250 St
	geplante Erdgashochdruckleitung DN 300
	vorhandene Erdgasmitteldruckleitung 150 PE
	Drainagesammler .
	8.3 <u>Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen</u> gemäß § 9 (1) 21 BauGB
GFL ₁	Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zugunsten der Allgemeinheit
GFL₂	Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zugunsten der Stadtwerke Bielefeld GmbH

L	Leitungsrecht zugunsten der Stadt Bielefeld
	Hinweis:  Fällt die Flächenbegrenzungslinie mit einer Straßenbegrenzungslinie zusammen, so ist die Straßenbegrenzungslinie eingetragen.
9	Grünflächen gemäß § 9 (1) 15 BauGB
	9.1 <u>Öffentliche Grünflächen</u> Zweckbestimmung:  Parkanlage als natumahe Grünzugverbindung <u>Hinweis:</u>
	Festsetzungen zur Gestaltung siehe Ziffer 12.5  Sportplatz  Spielplatz (als linearer Spielzug)  Kleinspielfeld mit Kunststoffdecke  Friedhof  Hinweis: Festsetzungen zur Gestaltung der Friedhofserweiterung siehe Ziffer 12.6
	9.2 pnvate Grünflächen  Zweckbestimmung:  Natumahe Gärten als Übergangsbereich zum Siek Im Bereich der privaten Grünflächen dürfen keine landschaftlichen Veränderungen, insbesondere Aufschüttungen und Abgrabungen vorgenommen werden.  Für die zukünftige Gestaltung der privaten Grünflächen gelten die unter den Ziffern 12.1 und 12.2 getroffenen Festsetzungen sinngemäß.  Hinweis: Festsetzungen zum Erhalt von Bäumen, Sträuchem und Bepflanzungen siehe Ziffer 12.7, und 12.8.

10	Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses gemäß § 9 (1) 16 BauGB
	Umgrenzung von Flächen für die Regelung des Wasserabflusses
	Zweckbestimmung:
R1 R2	landschaftlich gestaltete Regenrückhaltebecken für Oberflächen- und Drainagewasser zum Schutz der Vorflut vor Überlastung und Schmutzfrachtbelastung.
•	Hinweis: Festsetzungen zu Maßnahmen siehe Ziffer 11.1
11	Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft
	gemäß § 9 (1) 20 BauGB
	Zuordnung der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen
	gemäß § 9 (1) 20 BauGB nach § 8 a (1) BNatSchG
	11.1 Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft gemäß § 9 (1) 20 BauGB
(U)	Entwicklungsziel: ungestorte natumahe Verzahnung zwischen Siek und Siedlungsraum mit Einzelbäumen, Baum- und Gehölzgruppen und deren vorgelagerte Saume sowie extensive Wiesenflächen mit Altgrasinseln.
	Maßnahmen: - Pflanzung von Bäumen und Gehölzen der potentiell natürlichen Vegetation aus der unter Ziffer 12.1 aufgeführten Baum- und Strauchartenliste, - Entwicklung von vorgelagerten Saumzonen mit gelenkter Sukzession, - Anlage und extensive Pflege von Grünland mit feuchten Muldenbereichen, - Sicherung der Maßnahmen durch eine Abzäunung zu den Wohnbauflächen - alle Pflanzungen sind fachgerecht auszuführen und zu pflegen sowie dauerhaft zu erhalten.
m2	Entwicklungsziel: extensive Streuobstwiese am Siedlungsrand

#### Maßnahmen:

- Pflanzung von alten regional typischen Obstbäumen als Hochstamm,
   Ausnichtung der Baumreihen in West-Ost-Richtung, Baumabstand in der Reihe 10 m., Abstand zwischen den Reihen 6 m.
- Einsaat und Entwicklung einer einschürigen Wiese,
- Umpflanzung mit einer drei- bis siebenreihigen, zur Beibehaltung von Blickbeziehungen in den Landschaftsraum lückigen Hecke mit Gehölzen der potentiell natürlichen Vegetation aus der unter Ziffer 12.1 aufgeführten Strauchartenliste entlang der die Fläche umgebenden Wege,
- eine Einzäunung ist nur während der Entwicklungsphase (max. 5 Jahre) zulässig,
- alle Pflanzungen sind fachgerecht auszuführen und zu pflegen sowie dauerhaft zu erhalten.

(L)

## Entwicklungsziel:

Schaffung von landschaftsgerechten Regenrückhaltebecken zum Schutz der Vorflut vor Überlastungen.

#### Maßnahmen:

- Bepflanzung der Regenrückhaltebecken mit Repositionspflanzen zum Abbau der Schmutzfracht, und
- landschaftliche Integration der Wasserflächen durch Abpflanzungen mit Gehölzen der potentiell natürlichen Vegetation,
- zur Entlastung der überwiegenden Teile der Uferbereiche sind gezielte Uferzugänge mit Holzstegen anzubieten, während die übrigen Uferbereiche durch Abpflanzungen unzugängig zu gestalten sind.



## Entwicklungsziel:

Sicherung des oberen Knostsiekes

#### Maßnahmen:

- Entfemung von Schuttablagerungen
- Erhalt der potentiell natürlichen Vegetation
- Ergänzung der Vegetation in den Randbereichen des Waldes durch Aufbau eines Waldmantels aus Gehölzen der potentiellen natürlichen Vegetation
- 11.2 Zuordnung der Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen gemäß § 9 (1) 20 BauGB nach § 8 a (1) BNatSchG als Kompensation für die mit den einzelnen Vorhaben verbundenen Beeinträchtigungen der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes

Den zu erwartenden Eingriffen aufgrund von Erschließungsvorhaben (öffentliche Verkehrs- und Grünflächen) werden die Maßnahmen auf der mit M 2 gekennzeichneten Teilfläche als Sammel-Ausgleich und Ersatzmaßnahme zugeordnet.

Den zu erwartenden Eingriffen aufgrund der geplanten Wohnbebauung werden die Maßnahmen auf den mit M 1 und M 2 gekennzeichneten Teilflächen als Sammel-Ausgleich und Ersatzmaßnahmen zugeordnet.

Den zu erwartenden Eingriffen aufgrund der Erweiterung der Gemeinbedarfsflächen werden die Maßnahmen auf der mit M2 gekennzeichneten Teilfläche als Ausgleich und Ersatzmaßnahme zugeordnet.

12

Flächen für das Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen; Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie deren Gestaltung

gemäß § 9 (1) 25 a und b sowie § 9 (4) BauGB i.V.m. § 81 BauONW



12.1 Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäurnen, Sträuchem und sonstigen Bepflanzungen gemäß § 9 (1) 25 a BauGB

In den entsprechend gekennzeichneten Flächen, die den Übergang zur freien Landschaft bilden, dürfen nur Pflanzen der potentiell natürlichen Vegetation aus der nachfolgenden Baum- und Strauchartenliste verwendet werden.

#### Baumarten:

## Bäume

1. Ordnung:

Fagus silvatica Rot-Buche
Fraxinus excelsior Gemeine Esche
Populus tremular Zitterpapel
Prunus avium Vogelkirsche
Quercus robur Stieleiche

Baume 1

Ordnung:

Acer campestre Feldahom
Betula pendula Sandbirke
Carpinus betulus Hainbuche
Salix caprea Salweide
Sorbus aucuparia Eberesche

Obstbaume:

regionale Obstsorten als Hochstamm

Straucharten: Comus mas

Comus mas
Comus sanguinea
Corylus avellana
Crataegus oxycantha
Euonymus europaeus

Komelkirsche Roter Hartriegel Haselnuß zweigiffl. Weißdom Pfaffenhütchen

Prunus padus Traubenkirsche
Prunus spinosa Schlehe
Rhamnus frangula Faulbaum
Rosa canina Hundsrose

Sambucus nigra Schwarzer Holunder Vibumum opulus Gemeiner Schneeball

Rubus fruticosus Brombeere

Die festgesetzten Bäume und Baumgruppen sind vorwiegend mit einer Strauchschicht zu unterpflanzen.

Zur Freihaltung der Blickbeziehungen zwischen dem Landschaftsraum und dem Friedhof dürfen in den gekennzeichneten Gartenbereichen entlang des Fußweges nur Sträucher verwendet werden, die eine Wuchshöhe von 100 cm nicht überschreiten. Die Bäume sind als Hochstamm zu pflanzen und auf einen Kronenansatz von mindestens 250 cm Höhe zu ziehen.

Entlang des Fußweges sind entsprechend den Festsetzungen unter Ziffer 12.2 Laubhecken mit einer Höhe von max. 70 cm zu pflanzen.

Alle Pflanzungen sind fachgerecht auszuführen und zu pflegen sowie dauerhaft zu erhalten.

# 12.2 Gestaltung der Hausgärten und des Siedlungsgrüns

In den Hausgärten sowie im Siedlungsgrün sind standortgerechte Gehölze zu verwenden. Die Verwendung von standortfremden Koniferen ist nicht zulässig.

Für die zukünftigen privaten Hausgärten und das Siedlungsgrün sind je angefangene 150 m² Gartenfläche mindestens ein Baum 2. Ordnung bzw. je 200 m² ein Baum 1. Ordnung zu pflanzen, sofern diese Forderung nicht bereits durch die festgesetzten Baumstandorte erfüllt ist. Abweichungen sind in Ausnahmefällen möglich.

Für die geplanten Einzel- und Relhenhäuser ist die Pflanzung einer geschnittenen Laubhecke entlang der den öffentlichen Straßen und Fußwegen zugewandten Grundstücksgrenzen vorgeschrieben. Es können hier Hainbuchen (Carpinus betulus), Buchen (Fagus sylvatica) und in den Vorgärten auch Liguster (Ligustrum vulgare) gepflanzt werden.

Die Hecken dürfen eine Wuchshöhe von 70 cm nicht überschreiten. Hinweis:

Festsetzungen für Einfriedungen siehe unter Ziffer 12.10 und 15.7.

Alle Pflanzungen sind fachgerecht auszuführen und zu pflegen sowie dauerhaft zu erhalten.

## 12.3 Anzupflanzende Einzelbäume, Baumgruppen und Baumreihen

Die festgesetzten Baumstandorte können geringfügig verändert werden, sofem Eingrünungscharakter und -umfang beibehalten werden. Für Baume in öffentlichen Grünflächen wird als Mindestqualität ein zweimal verschulter Hochstamm mit einem Stammumfang von 10-12 cm festgesetzt.

Für die Pflanzung von Straßenbäumen sind standortgerechte Bäume zu verwenden. Hier wird als Mindestqualität ein dreimal verschulter Hochstamm mit einem Stammumfang von 16-18 cm festgesetzt. Alle Pflanzungen sind fachgerecht auszuführen und zu pflegen sowie dauerhaft zu erhalten.

# 12.4 Anzupflanzende Gehölzhecken

Für die Gehölzhecken sind nur Pflanzen aus der unter Ziffer 12.1 aufgeführten Baum- und Strauchartenliste zu verwenden. Als Mindestqualität werden zweimal verschulte Sträucher mit einer Höhe von 60 - 100 cm bzw. Heister mit einer Höhe von 100 - 125 cm festgesetzt. Die Hecken sind bei einer Pflanzdichte von 1 Pflanze/m² dreireihig und zur Erhöhung der Saumanteile lücklg mlt unregelmäßigem und verspringendem Verlauf anzulegen. Eine Abweichung von den im Bebauungsplan vorgesehenen Pflanzenstandorten (Verschiebung und Unterbrechung) ist zulässig.

# 12.5 Gestaltung der natumahen Grünzugverbindungen

Grundsätzlich dürfen hier nur Pflanzen der potentiell natürlichen Vegetation (Eichen-Hainbuchenwald) der unter Ziffer 12.1 aufgeführten Baum- und Strauchartenliste verwendet werden.

Die festgesetzten Baumstandorte können geringfügig verändert werden, sofern Eingrünungscharakter und -umfang beibehalten werden.

Die Flächen sind einzusäen und als extensive Wiesen (ein- bis zweischüng) unter Entwicklung von Gehölzsäumen und Altgrasinseln zu pflegen.

Die Fuß- und Radwegeverbindungen sind als wassergebundene Wege mit einer Breite von max. 3,00 m anzulegen.

Alle Pflanzungen sind fachgerecht auszuführen und zu pflegen sowie dauerhaft zu erhalten.

## 12.6 Gestattung der Friedhofserweiterung

Für die Abgrenzung der Finedhofserweiterung ist entlang der zur freien Landschaft liegenden Grenze eine Hecke entsprechend den Festsetzungen unter Ziffer 12.4 anzupflanzen. Die Friedhofserweiterung ist insgesamt landschaftsgerecht zu gestalten.

12.7 <u>Umgrenzungen von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchem und sonstigen Bepflanzungen gemäß § 9 (1) 25 b BauGB</u>

Die vorhandenen standortgerechten Gehölze, Obstbäume und Pflanzen der potentiell natürlichen Vegetation sind zu erhalten und zu pflegen.

12.8 Zu erhaltende Bäume, Sträucher und sonstige Bepflanzungen gemäß § 9 (1) 25 b BauGB

#### <u>Bäume</u> 1

Erhalt vorhandener Bäume sowie deren Ersatz durch Arten der potentiell natürlichen Vegetation nach ihrem Abgang. Standortfremde Bäume können auch vor ihrem Abgang entsprechend ersetzt werden.

Für Ersatzpflanzungen sind Bäume aus der unter Ziffer 12.1 aufgeführten Baumartenliste zu verwenden.

#### Straucher

Erhalt vorhandener Sträucher sowie deren Ersatz durch Arten der potentiell natürlichen Vegetation nach ihrem Abgang. Standortfremde Sträucher können auch vor ihrem Abgang entsprechend ersetzt werden.

Für Ersatzpflanzungen sind Sträucher aus der unter Ziffer 12.1 aufgeführten Strauchartenliste zu verwenden.

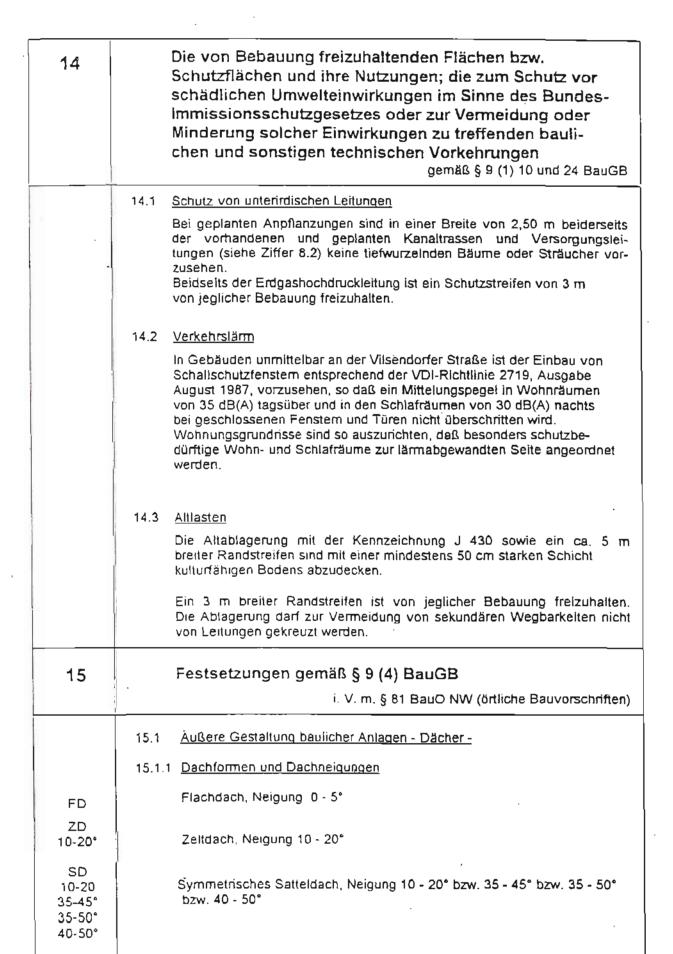






	Die Grundstücksflächen zwischen öffentlichen Verkehrsflächen und Gebäude sind als Vorgärten gärtnerisch zu gestalten und dauerhaft zu unterhalten. Ausgenommen hiervon bleibt je Baugrundstück ein max. 4 m breiter Abschnitt als Zugang oder Garagenzufahrt. Darüber hinaus kann für weitere notwendige Stellplätze, Garagen und deren Vorplätze ausnahmsweise eine wassergebundene Befestigung bls zu maximal 30 % der Vorgartenfläche zugelassen werden, wenn andere Grundstücksflächen hierfür ungeeignet sind.
	Die nicht überbauten Grundstücksflächen sind mit standortgerechten Bäumen und Sträuchem gärtnerisch zu gestalten, z.B. mit
:	- Acer campestre (Feldahorn) - Carpinus betulus (Hainbuche) - Prunus padus (Traubenkirsche) - Prunus avium (Vogelkirsche) - Sorbus aucuparia (Eberesche) - Comus mas (Komelkirsche) - Corylus avellana (Haselnuß) - Prunus spinosa (Schlehe) - Rosa canina (Hundsrose) - Salix caprea (Salweide) - Hochstamm-Obstbäumen
	•
	12.10 Einfriedungen aus Hecken
	Entlang der Grundstücksgrenzen sind allgemein standortgerechte Laubholzhecken zulässig. Die Pflanzung von Nadelholzhecken ist nicht zulässig. Folgende Regelung ist zu beachten: Entlang der öffentlichen Verkehrsflächen (Straßenraum-Mischfläche) einschl, der seitlichen Einfriedung der Vorgartenflächen sind nur Anpflanzungen bis zu einer Höhe von 70 cm über Mischfläche bzw. Gelädeniveau (seitlich) zulässig. Folgende Arten sind für geschnittene Laubhecken zu verwenden: Hainbuche, Buche, Feldahorn, Weißdorn, Liguster, Buchsbaum.  Hinweis: Weitere Festsetzungen zu Heckenpflanzungen siehe unter Ziffer 12.2 und 15.7.
13	Flächen für die Landwirtschaft und Wald gemäß § 9 (1) Nr. 18 BauGB
	Flächen für die Landwirtschaft
# • • • • • • • • • • • • • • • • • • •	Flächen für Wald

ι



GD 35-45° Geneigtes Dach, ohne Vorgabe einer Hauptfirstrichtung, aus symmetrischen Dachformen, Neigung 35 - 45°.

0-15°

Neigung 0 - 15" (ohne Festlegung der Dachform)

### Ausnahmen:

Bei Reihenhäusem können für Tellbereiche ausnahmsweise auch Tonnen- oder Flachdächer zugelassen werden.

## 15.1.2 Dachaufbauten und Dacheinschnitte

Dachaufbauten sind unter eindeutiger Bezugnahme auf die Fassadengliederung zulässig, soweit sie sich nach Größe, Form, Plazierung, Materialwahl und Farbgebung harmonisch in die umgebende Dachlandschaft einfügen und die Dominanz der Hauptdachflächen erhalten bleibt. Dacheinschnitte sind nicht zulässig.

## 15.1.3 Dachflächenfenster

Dachflächenfenster sind.nur als "stehende Formate" in einer Größe von maximal 1,50 m² zulässig. Die Gesamtbreite aller Dachflächenfenster darf maximal 30% der Trauflänge der zugehörigen Dachfläche betragen. Vom Ortgang ist ein Abstand von mindestens 2 m einzuhalten.

#### 15.2 <u>Äußere Gestattung baulicher Anlagen - Wände -</u>

#### 15.2.1 Gebäudelänge

Sofem Einzelhäuser festgesetzt sind, darf deren horizontale Ausdehnung parallel zur Erschließungsstraße max. 12 m und senkrecht dazu maximal 15 m betragen.

# 15.2.2 Sockelhöhe

Die Sockelhöhe darf an der straßenseitigen Außenwandfläche max. 0,80 m betragen. Es gilt das Maß von der natürlichen Geländeoberfläche bis zur Oberkante des Erdgeschoßfußbodens.

Bei Höhenunterschieden entlang der straßenseltigen Außenwandflächen ist die im Mittel gemessene Höhe anzunehmen.

## 15.2.3 Drempelhöhe

Für die Drempelhöhe gilt das Maß von der Oberkante Rohdecke unterhalb des Dachraumes bis zur Oberkante Dachhaut, gemessen an der traufseitigen Wandaußenseite

Die Drempelhöhe darf maximal 0,8 m betragen.

#### 15,3 Farbgebung und Material:

#### 15.3.1 Außenwände

Material: zulässig ist Putz, Sichtmauerwerk, Holz. In untergeordneten Bauteilen (max. 30 % der Fläche) Naturstein, Kunststein, Bauplatten.

<u>Farben:</u> zulässig ist weiß, grau, natürliche Holz-und Zinkfarben, helle Pastellfarben.

Fenster- und Türelemente sowie untergeordnete Bauteile (max. 5 % der Eleche) sind von der Farbfestsetzung ausgenommen

## 15.3.2 Dächer

Material: zulässig sind Dachsteine aus Ton, Beton, zementgebundene Well- oder Dachplatten sowie Zinkbleche

bei Flachdächem: Kies- oder Kiespreßschichten.

eine Bepflanzung ist zulässig.

Farben: zulassig ist hellgrau, grau, anthrazit und hellrot,

natürliche Holz- und Metall-Farben.

#### 15.4 Werbeanlagen

Werbeanlagen sind nur an Gebäudewänden zulässig, die den öffentlichen Verkehrsflächen zugewandt sind. Werbeanlagen mit wechselndem Licht sowie senkrecht zur Wand angeordnete sind nicht zulässig. Werbeanlagen über 1 qm sind nur als Einzelbuchstaben bzw. Symbole zulässig.

In den allgemeinen und reinen Wohngebieten sind Hinweisschilder mit einer Größe von max. 0,5 qm unterhalb der Oberkante der Erdgeschoßfenster zulässig.

#### 15.5 Antennenanlagen

Parabolantennen sind zur Vermeidung von Beeinträchtigungen des Ortsbildes nur in einer farblich dem Hintergrund der Fassade oder des Daches entsprechenden Ausführung zulässig. Die Parabolantenne darf nicht über den Dachfirst herausragen.

#### 15.6 Standplätze für bewegliche Abfallbehälter

Standplätze für bewegliche Abfallbehälter sind mit standortgerechten Laubgehölzen einzugrünen, eine Kombination mit Holz- oder sonstigen Rankgerüsten ist dabei zulässig.

#### 15.7 <u>Einfnedungen</u>

15.7.1 Einfriedungen entlang der Grundstücksgrenze sind allgemein als standortgerechte Laubholzhecken zulässig. Eine Kombination mit Drahtgeflecht oder senkrecht strukturierten Holzzäunen ist möglich, wenn diese beidseitig bepflanzt werden, Mauersockel sind generell unzulässig.

Entlang der öffentlichen Verkehrsflächen einschl, der seitlichen Einfriedung der Vorgärtenflächen sind nur Anpflanzungen bis zu einer Höhe von 70 cm über Straßen- bzw. Geländeniveau (seitlich) zulässig. Drahtgeflecht oder Holzzäune sind mind, 30 cm von der Grenze der öffentlichen Verkehrsfläche zurückzunehmen.

Sonstige Einfnedungen sind bis zu einer Höhe von 1,5 m über Geländeniveau zulässig. Sichtblenden sind im Wohngartenbereich nur i. V. m. Terrassen zulässig, wenn sie die Höhe von 1,80 m nicht überschreiten und vollständig mit standortgerechten Kletterpflanzen, wie. z.B. Wilder Wein, Efeu etc., eingegrünt werden. Der Abstand zu öffentlichen Verkehrsflächen einschließlich Fuß- und Radwegen muß mindestens 1,00 m betragen.

16	Nachrichtliche Übernahme von nach anderen gesetzlichen Vorschriften getroffenen Festsetzungen gemäß § 9 (6) BauGB
	16.1 <u>Natur-, Boden und Baudenkmäler in der Stadt Bielefeld</u>
	Hinweis: Wenn bei Erdarbeiten kultur- und erdgeschichtliche Bodenfunde oder Befunde (etwa Tonscherben, Metallfunde, dunkle Bodenverfärbungen, Knochen, Fossilien) entdeckt werden, ist nach §§ 15 und 16 des Denkmalschutzgesetzes die Entdeckung unverzüglich der Stadt oder dem Amt für Bodendenkmalpflege, Bielefeld, anzuzeigen und die Entdeckungsstätte drei Werktage in unverändertem Zustand zu erhalten.
	16.2 <u>Umgrenzung von Schutzgebieten und Schutzoblekten im Sinne des Natur- und Landschaftsschutzes</u>
	Zweckbestimmung:
· ·	Landschaftsschutzgebiet
	geplante Landschaftsschutzgebietsgrenze
MM	entfallende Landschaftsschutzgebietsgrenze
17	Sonstige Hinweise
	Bombenblindgänger und Kampfmittel
	Mit dem Vorhandensein von Bombenblindgängern und Kampfmitteln muß im Geltungsbereich des Bebauungspanes gerechnet werden. Daher sollen geplante Tiefbauarbeiten in diesem Bereich rechtzeitig dem Amt für Brand- und Katastrophenschutz zur Überprüfung angezeigt werden.
	•. •

	·
	Sonstige Darstellungen zum Planinhalt
! J 430 j	Umgrenzung der Flächen von Altdeponien mit der jeweiligen Lagebezeichnung
133 ==	Höhenlinien mit Höhenangabe über Normat Null
	Gestaltungsplan, Vorschläge für:
	Bebauung mit geneigtem Dach
	Bebauung mit Flachdach
	vorgeschlagene Grundstücksgrenzen Einteilung der öffentlichen Verkehrsfläche in Fahrbahn, Gehweg, Parkstreifen und dergleichen Fuß- und Radweg
	Stellptätze, Parkplätze
	Baumpflanzung
$\infty$	Heckenpflanzung
	Trockenmulden mit Aufweitungen ohne Sohldichtung
	-,